

## Dialog: Stadtentwicklung, Jugendhilfe, Gesundheitsförderung – vergleichbare Ansätze, gemeinsame Ziele: Stadtentwicklung

### 1. Eigene Konzeptansätze für mehr Chancengerechtigkeit

Ziel des Programms Soziale Stadt ist es, in benachteiligten Stadtteilen eine nachhaltige Entwicklung anzustoßen. Es geht darum, die Situation in den Gebieten wirtschaftlich, ökologisch und sozial zu stabilisieren und zu verbessern und damit unter anderem die Voraussetzungen für ein gesundes Leben für die Menschen in diesen Gebieten zu schaffen. Das Bemerkenswerte an dem Programm Soziale Stadt ist, dass es nicht dem Mythos der Gleichbehandlung folgt, sondern eindeutig den Schwerpunkt auf benachteiligte Stadtteile setzt und hierhin die Aufmerksamkeit und die Mittel staatlicher Politik lenkt und lenken will. Immerhin ist das zeitlich nicht begrenzte Programm vom Bund mit 80 Mio. Euro jährlich ausgestattet, denen die Länder und Gemeinden je weitere 80 Mio. Euro hinzufügen müssen, so dass jährlich 240 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Um auch finanzielle und personelle Ressourcen anderer Politikbereiche in solche benachteiligten Quartiere zu lenken, fordert das Programm Soziale Stadt die Aufstellung eines integrierten Handlungskonzeptes, an dem Verwaltung, Politik und Gesellschaft gleichermaßen mitarbeiten müssen und können. Unsere Erfahrungen mit der Umsetzung des Programms zeigen, dass überall dort, wo solche integrierten Handlungskonzepte im Zusammenwirken mit den Bürger/innen aufgestellt und politisch abgesegnet sind, das Programm gute Ansätze zeigt, die Situation in den Gebieten zu stabilisieren und zu verbessern, soweit dies mit einem gebietsbezogenen Programm möglich ist.

Allerdings lässt die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts noch sehr zu wünschen übrig. Hier spielen Ressortegoismen und Ängste vor Machtverlust eine große Rolle. Einen großen Fortschritt stellt daher das E&C-Programm des Bundesjugendministeriums dar, das engagiert für Unterstützung dieses sozialraumorientierten Ansatzes sorgt. Der Gesundheitsbereich ist hier eher noch zurückhaltend.

### 2. Wichtige Schnittstellen

Eine nachhaltige Entwicklung in benachteiligten Stadtteilen kann nicht der Städtebau (oder irgendein anderer Politiksektor) allein bewerkstelligen. Notwendig ist daher die Kooperation mit anderen Ämtern, mit der Gesellschaft, mit der Wirtschaft, mit den Bürger/innen im

Gebiet. Ein wichtiges Instrument zum Anstoß und zur Förderung solcher Vernetzung ist das Quartiersmanagement, das auf drei Ebenen ansetzt.

- (1) Auf der Ebene der Verwaltung muss eine Gebietsbeauftragte oder ein Gebietsbeauftragter benannt werden, die die Kooperation der relevanten Ämter wie Jugendamt, Gesundheitsamt, Wirtschaftsförderung, Sozialamt, Wohnungsamt, Kulturamt bewirken und versuchen, die in den Ressorts vorhandenen Mittel und Möglichkeiten zu einem erheblichen Teil auf diese Gebiete zu konzentrieren.
- (2) Auf der Ebene der Bürger/innen sucht das Quartiersmanagement diese zu aktivieren und zu befähigen, sich in den Stadtentwicklungsprozess in ihrem Gebiet einzubringen und dafür zu sorgen, dass hier die richtigen Entscheidungen gefällt und die richtigen Maßnahmen getroffen werden.
- (3) Ein wichtiges Element zum effektiven Zusammenspiel von Verwaltungswelt und Bürgerwelt ist die so genannte intermediäre Ebene, auf der Strukturen geschaffen werden müssen und in sehr vielen Fällen geschaffen wurden, die einen Transport der Ideen, Anregungen und Entscheidungen aus der Bürgerschaft in die Politik und Verwaltung bewirken.

Wenn kritisiert wird, dies sei kein demokratisches Verfahren, da die Besetzung dieser intermediären Gremien nicht durch legitimierende Wahlen, sondern durch Zufall oder Berufung erfolge, so ist dem entgegenzuhalten, dass in diesen Gebieten die traditionellen Wahlen nur eine sehr geringe Beteiligung erfahren und durch das Vorgehen im Rahmen eines Quartiermanagements ganz andere Wählerschichten erschlossen und wieder in lokale Entscheidungsprozesse einbezogen werden, die sonst nicht in diese Gesellschaft integriert wären.

### 3. Kooperationsansätze

Durch ein Quartiersmanagement in dem geschilderten Sinn kann die Kooperation auf der Ebene des Quartiers und auf der Ebene der Verwaltung und Politik sowie zwischen diesen Ebenen befördert werden. Nötig ist aber, solche Netzwerke zu schaffen, die die Bürger/innen befähigen, die ihnen eingeräumten Möglichkeiten auch tatsächlich zu nutzen. Hier müssen die verschiedensten Bereiche zusammenwirken. Hilfreich ist natürlich in besonde-

rer Weise, wenn die Bündelung der Kräfte nicht auf die lokale Ebene beschränkt bleibt, sondern auch auf Ebene der Kommune, des Landes und des Bundes stärker erfolgen würde. Zurzeit ist noch ein erheblicher Aufwand auf der lokalen Ebene zu leisten, um verschiedene Mittel aus verschiedenen Ressorts zu einem integrierten Projekt zusammenzubringen. Dies ließe sich durch verbesserte Integrationsbemühungen vor allem auf Ebene der Länder und des Bundes deutlich effizienter und effektiver gestalten.

Hinderlich für Kooperationen ist zum einen die Sprache der verschiedenen Ressorts, die durchaus nicht zur Verständigung, sondern zur Verwirrung beitragen kann, und die Vorurteile, die in verschiedenen Ressorts gegenüber Vertreter/innen anderer Ressorts gepflegt werden. Sicher sind diese Vorurteile jeweils nicht ohne Grund entstanden, aber die schwierige Situation in den benachteiligten Stadtteilen und deren Bedeutung für die gesamte Stadtentwicklung sollte alle Ressorts dazu bringen, nicht an alten „Feindbildern“ festzuhalten, sondern im eigenen Interesse die Chancen zu einer neuen Kommunikation und Verständigung mit anderen Ressorts zu suchen.

Förderlich und unerlässlich für den Erfolg eines solchen komplexen und komplizierten Ansatzes ist die politische Unterstützung. Ist in einer Stadt und bis zu einem gewissen Grade auch in einem Land der politische Wille nicht vorhanden, einen solchen Ansatz zu unterstützen, wird die Umsetzung des Programms nicht wirklich und dauerhaft erfolgreich sein können. Es mehren sich aber die Anzeichen dafür, dass die Bedeutung dieses Handlungsansatzes und der mit ihm aufgegriffenen Probleme mehr und mehr in das politische Bewusstsein der Politiker/innen aller Parteien auf allen Ebenen dringt. Es besteht Hoffnung, dass die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Umsetzung des Programms mit seinem integrativen Ziel besser werden.

#### **4. Visionen zur integrierten Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten**

Visionen sind in unserer heutigen pragmatischen, kurzlebigen und kurzsichtigen Zeit nicht sehr gefragt. Insoweit stimme ich daher dem früheren Bundeskanzler Helmut Kohl zu, wenn er sagt, dass nur derjenige ein Realist ist, der Visionen hat. Die Programme Soziale Stadt und E&C haben in vielen Stadtteilen dazu beigetragen, Lethargie und Hoffnungslosigkeit zu überwinden und eine Aufbruchstimmung hin zu einer aktiven und demokratischen Gestaltung der Lebensverhältnisse auch in bisher benachteiligten Stadtteilen zu schaffen.

Ich habe daher durchaus die Vision, dass die programmatischen Grundlagen in den drei in diesem Dialog vertretenen Politikressorts Stadtentwicklung, Jugendhilfe und Gesundheit im Sinne der Ottawa-Charta, der Lokalen Agenda 21 sowie den genannten Programmsätzen die Basis dafür bereiten, dass vermehrt Ressortgrenzen überwunden, Benachteiligungen abgebaut und eine gemeinsame, hoffnungsvolle Zukunft für alle Menschen in den Städten geschaffen wird.